

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/147

Bonn, den 5. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	"Im Augenblick gezielt und begrenzt" ----- Gefahrvolle Entwicklung in Indochina	36
2	Herr Adenauer muß es wissen ----- "Dreck in eigenen Lande"	44
3 - 4a	Das Recht des Bürgers im freien Staat (II) ----- Die Bedeutung des Petitionsrechts und seine geschichtliche Entwicklung Von Helene Wessel, MdB Vorsitzende des Petitions-Ausschusses des Bundestages	130
5 - 6	Weiche Gegenrevolution? ----- Die USA im Kampf um die Gleichberechtigung der Staatsbürger Von unseren Korrespondenten in den Vereinigten Staaten	95

5. August 1964

"Im Augenblick gezielt und begrenzt"

Gefahrvolle Entwicklung in Indochina

sp - Offensichtlich sind die Vereinigten Staaten entschlossen, ihre Rolle als militärischer Berater der von den Kommunisten in arge Bedrängnis gebrachten südvietnamesischen Regierung mit der eines aktiven Mitwirkenden in diesem Drama zu vertauschen. Eine Weltmacht wie die USA kann auf die Dauer nicht ruhig zusehen, wie ihr Prestige und ihr Einfluß rasponiert werden. Der Angriff nordvietnamesischer Torpedoboote auf amerikanische Kriegeschiffe in der Bucht von Tongking mußte zum Gegenschlag herausfordern.

Die Rede Johnsons an die amerikanische Nation läßt den Ernst der Lage und die Schwere der Entscheidungen, vor der die Vereinigten Staaten stehen, überaus deutlich erkennen. Sie stehen zu ihrem Wort, das sie als Schutzmacht Südvietnam gegeben haben. Johnson hat es so unriessen:

"Im weiteren Sinne zeigt diese neue Aggression, die unmittelbar auf unsere Streitkräfte zielt, allen von uns in den Vereinigten Staaten die Bedeutung des Kampfes für Frieden und Sicherheit in Südostasien. Terroraktionen gegen die friedlichen Bewohner von Südvietnam sind jetzt durch offene Angriffe gegen die Vereinigten Staaten ergänzt worden. Die Entschlossenheit aller Amerikaner, zu unseren Verpflichtungen gegenüber dem Volk und der Regierung von Südvietnam zu stehen, wird durch diese Gewalttätigkeit nur verdoppelt."

Dem fügte Johnson den inhaltsschweren Satz hinzu. "doch unsere Antwort wird im Augenblick gezielt und begrenzt sein".

Es ist das Bestreben der amerikanischen Regierung, den Konflikt sich nicht zu einer weltweiten Auseinandersetzung entwickeln zu lassen. Hier knüpft sich die sorgenvolle Frage an, ob doch nicht mit der Zuspitzung der Lage in Südvietnam eine Entwicklung eingeleitet wird, die sich der kontrollierten Steuerung entzieht und alle Beteiligten zu ihren Gefangenen macht. Hinter den Nordvietnamesen steht das zur Weltmacht gewordene China. Es sieht in den Vereinigten Staaten seinen Hauptfeind; es hat an den Grenzen Nordvietnams gewaltige Truppenmassen aufmarschieren lassen, und es ist die Macht, die diesen Teil der Erde nicht zur Ruhe kommen läßt. Wird China seine Provokationen auf die Spitze treiben? Sucht Peking die Erweiterung des Konfliktes durch fortgesetzte Demütigungen der Vereinigten Staaten?

Auf der Führung der Vereinigten Staaten lastet die Verantwortung für den Weltfrieden. Wie es heißt, soll der direkte Draht mit dem Krenl vor der Eröffnung des Gegenschlages benutzt worden sein. Niemand kennt die Antworten und Reaktionen Chruschtschows. Auch ihm dürfte es unbekaglich zunute sein, durch die furchterregende und aggressive Macht im Rücken in unvorhergeseene Situationen verstrickt zu werden. Die nächsten Stunden, Tage und Wochen stecken voller Gefahr. Für den Westen insgesamt kann das Gebot der Stunde zur höchsten Wachsamkeit sein.

Herr Adenauer muß es wissen

"Dreck in eigenen Lande"

sp - Die Pressekonferenz des langjährigen Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden der CDU am Dienstag dieser Woche war sehr aufschlußreich. Lassen wir die Witzchen beiseite, mit denen Herr Adenauer seit jeher seine Zuhörer zu unterhalten pflegt und sehen wir uns vielmehr an, was an politischer Substanz in seinen Aussagen zu registrieren wäre.

Adenauer meint, daß die Europa-Ideen seines Freundes de Gaulle geradewege zu einer politischen Union führen werden. Gleichzeitig betont er aber auch, die Vorstellungen einer europäischen Integrationspolitik seines Nachfolgers Erhard seien richtig.

Natürlich weiß Herr Adenauer, daß sich diese beiden Behauptungen einander widersprechen. De Gaulle will zunächst eine Zweierunion und erwartet, - ebenso wie Adenauer - daß sich die übrigen EWG-Partner früher oder später einer solchen Zweierunion anschließen oder unterordnen werden. Erhard dagegen hat, entsprechend den einstimmig gefaßten Beschlüssen des Bundestages und unter Bezugnahme auf die Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, mehrfach betont, die Europa-Politik der Bundesrepublik müsse konsequent auf der Linie der Römischen Verträge weiterentwickelt werden. Das heißt, sie müsse offen sein, den allgemeinen europäischen Integrationsprozeß fördern und dürfe in keinem Fall die anderen von der Bundesrepublik eingegangenen internationalen Verpflichtungen beeinträchtigen.

Es bleibt vorläufig das Geheimnis des CDU-Vorsitzenden und früheren Bundeskanzlers, wie er diesen Widerspruch zu klären gedenkt. Zu fürchten ist, daß die Erläuterungen Adenauers zur Europa-Politik die Stellung der Regierung Erhards, sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber den anderen EWG-Partnern, nicht gestärkt haben. Schließlich ist ja Bundeskanzler Erhard, ob er will oder nicht, gehalten, die sehr unter- und hintergründigen Strömungen innerhalb der stärksten Regierungspartei zu berücksichtigen.

So wenig aufschlußreich also die sybillinischen Bemerkungen Adenauers zur Europa-Politik waren, so deutlich war dagegen sein Urteil über einige Vorgänge in der deutschen Innenpolitik, für die er ja als Bundeskanzler jahrelang verantwortlich gezeichnet hat. Unter Bezugnahme auf Kritiken in der deutschen Presse an der Nominierung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Goldwater meinte der CDU-Vorsitzende, man solle doch das lassen, denn: "Wir haben soviel Dreck in eigenen Lande".

Es ist nicht ganz klar ersichtlich, was die k e n "Dreck" Herr Adenauer gemeint hat. Sollte er etwa an die während seiner Amtszeit als Bundeskanzler bekanntgewordenen Affären gedacht haben? Hat er etwa den "Fall Globke" gemeint, als er von "Dreck in eigenen Lande" sprach? Oder den "Fall Oberländer", den Leihwagenprozeß des Herrn Kilo, die Spiegel-Affäre und noch einige andere Vorfälle, die er sicher besser kennt als wir?

Herr Adenauer muß es wissen.

Das Recht des Bürgers im freien Staat (II)

Die Bedeutung des Petitionsrechts und seine geschichtliche Entwicklung

Von Helene Wessel, MdB

Vorsitzende des Petitions-Ausschusses des Bundestages

Die Verpflichtung, die Würde des Menschen zu wahren, das Menschliche im Staate zu gewährleisten, die Rechte des Bürgers im Staate und gegenüber seinen Verwaltungen zu sichern, ist Aufgabe des Bundestags-Ausschusses für Petitionen, der seine Tätigkeit aus Artikel 17 des Grundgesetzes ableitet. Der Bürger macht von seinem Petitionsrecht gegenüber dem Bundestag regen Gebrauch.

In der ersten Wahlperiode (von 1949 bis 1953) gelangten 27 200 Petitionen an den Petitions-Ausschuß; im zweiten Bundestag (1953 bis 1957) waren es 33 000 Eingaben; in der dritten Wahlperiode (1957 bis 1961) wurden rund 45 000 Einzelpetitionen und außerdem 238 851 Masseneingaben - das sind Zuschriften mit gleichen Anliegen - zur Rotkreuzkonvention gegen Atomwaffen behandelt. Die Zahl der in der vierten Wahlperiode (von Oktober 1961 bis Ende Mai 1964) eingegangenen Petitionen beträgt 18 242 Einzeleingaben und 508 108 Massempetitionen zur Verkehrsicherheit, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, zur Krankenversicherungsreform, zur Notstandsgesetzgebung und zur Urheberrechtsreform.

In der Verfassungswirklichkeit bewährt

Damit wandten sich seit dem Bestehen der Bundesrepublik (von 1949 bis Ende Mai 1964) über 120 000 Einsender mit Einzelanliegen und rund 800 000 mit Masseneingaben an den Bundestag bzw. an den Ausschuß für Petitionen. Hinzu kommt eine nicht näher festzustellende größere Zahl von Sammelpetitionen - Einzeleingaben mit mehreren Unterschriften - die nach dem Grundgesetz ebenfalls zulässig sind.

Diese Fülle von Eingaben zeigt, daß sich das Petitionsrecht in der Verfassungswirklichkeit bewährt, daß sich die Institution des Petitions-Ausschusses des Bundestages als Hilfe in mancherlei Not und Sorge im Bewußtsein der Öffentlichkeit verankert hat.

Der Petitions-Ausschuß weiß das Vertrauen der Bürger zu würdigen. Er nimmt das Petitionsrecht sehr ernst, zumal, da jeder Einsender einen Anspruch darauf hat, daß die Eingabe sachlich geprüft und ihm die Art der Erledigung schriftlich mitgeteilt wird. Jede einzelne Petition wird daher gründlich bearbeitet, und zwar nach besonderen, in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages niedergelegten Verfahrensvorschriften und Bearbeitungsrichtlinien; sie sind zur Bewältigung der außerordentlich hohen Zahl von Petitionen notwendig.

Mühselige Einzelbearbeitung

Die Arbeit im Petitions-Ausschuß wird in wesentlicher nicht unter den Augen des Bürgers ausgeübt, denn der Ausschuß tagt grundsätzlich nicht öffentlich. Von der zum Teil mühseligen Einzelbearbeitung, die jeder einzelne Berichterstatter des Ausschusses zu leisten hat, erfährt der Bürger überhaupt nichts. Sie findet in der Stille des Abgeordneten-

zimmers statt oder zwischen den Sitzungspausen des Plenums oder anderer Ausschüsse, denen die Mitglieder des Petitions-Ausschusses angehören und in einem umgebauten Bootshaus, wenige Meter vom Bundeshaus entfernt. Hier türmen sich Aktenberge, in denen sich das Leben in der Bundesrepublik widerspiegelt, wie wohl kaum in einem noch so vollständigen Archiv. Hier endet zunächst einmal die Flut von Bitten, Wünschen, Klagen, Beschwerden und auch gelegentlich Beleidigungen und anonymen Drohungen, die aus allen Winkeln der Bundesrepublik an den Bundestag, an den Bundespräsidenten, an den Petitions-Ausschuß oder auch an einzelne Abgeordnete gerichtet sind. Viele junge Mitglieder des Bundestages verdienen sich hier ihre parlamentarischen Sporen. Es wird von ihnen viel selbstlose Arbeit verlangt, wobei spektakuläre Lorbeeren in der Öffentlichkeit nicht zu verdienen sind. Der Umfang, der zu leistenden Arbeit zeigt sich darin, daß der Ausschuß Tag für Tag einen durchschnittlichen Posteingang von über 60 Zuschriften und einen Postausgang von über 100 Schreiben zu verzeichnen hat.

Viele Berufe vertreten

Diese Arbeit kann naturgemäß nicht allein von den Abgeordneten des Ausschusses geleistet werden. Dem aus 27 Bundestagsabgeordneten aller drei Fraktionen des Bundestages gebildeten Petitions-Ausschuß steht daher ein Büro mit zur Zeit 22 Mitarbeitern zur Verfügung. Die 27 Ausschußmitglieder gehören den verschiedensten Berufen an, was für die Bewertung und Bearbeitung der Petitionen sehr wichtig ist. Es sind darunter zwei Juristen, drei Wirtschaftler, vier Handwerker, zwei Landwirte, vier Lehrer, drei Hausfrauen, ein evangelischer Pfarrer, fünf Angehörige des öffentlichen Dienstes und drei der kaufmännischen Berufe; unter den 27 Mitgliedern sind sieben Frauen.

Alle Eingaben werden im Büro für Petitionen zunächst registriert und nach der Eingangsbestätigung auf drei Gruppen von Fordererfordernissen vorgeprüft. Es wird festgestellt, erstens, ob die Petitionen im Sinne des Art. 17 des Grundgesetzes darstellen, zweitens, ob sie zulässig sind und drittens, ob der Deutsche Bundestag für ihre Behandlung zuständig ist. Die Eingaben müssen ein Petitum, d.h. ein klares, verständliches Begehren, Anliegen, Ersuchen, eine Bitte, ein Verlangen nach Abhilfe oder Tätigwerden enthalten. Sie können persönliche und allgemeine Anliegen beinhalten, also sowohl den Schutz individueller Interessen, der Abhilfe persönlicher Beschwerden, als auch dem Interesse der Allgemeinheit, der Annahme, Ablehnung oder Abänderung von Gesetzen, der Einbringung von Anträgen, Entschlüssen und anderen parlamentarischen Beschlüssen dienen. Zuschriften, die kein Petitum enthalten und die offensichtlich keine Petitionen im Sinne des Art. 17 des GG darstellen, werden zwar nicht im Ausschuß verhandelt, aber sachgemäß dem Einsender beantwortet.

Schaufenster für die Arbeiten des Bundestages

Wer sich einmal einige hundert Eingaben durchgelesen hat, kann ermessen, wie schwierig es oft ist, die Anliegen der Petenten zu erkennen. Häufig sind es hilfessuchende Menschen, die in ihrem Leben kaum jemals einen Brief geschrieben haben. Da bedarf es, um das Petitum herauszuschälen, des Einfühlungsvermögens, der Vorstellungskraft und des guten Willens. Im allgemeinen ist der Ausschuß in der

Auslegung des Petitionsbegriffs und in den bei der Behandlung der Petitionen auftretender Zweifelsfragen sehr großzügig, um der Gefahr einer Staatsverdrossenheit bei den Petenten zu begegnen. Er betrachtet sich der Öffentlichkeit gegenüber als ein Schaufenster für die Arbeiten des ganzen Bundestages.

Ungeeignet zur Beratung im Deutschen Bundestag sind die Eingaben, für die nach der im Grundgesetz verankerten Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern die Volksvertretungen der Länder zuständig sind. Es sind dies alle Beschwerden gegenüber der Tätigkeit der Länderverwaltungen, zum Beispiel in Fürsorgeangelegenheiten, Flüchtlingsfragen, in der Kriegsopferversorgung, Kriegsgefangenenentschädigung, in Wiedergutmachungsfragen, kulturellen Angelegenheiten, im Sozialrecht, in Fragen der Wohnraumbewirtschaftung, des Wohnungsbaues, des Gesundheits- und des Justizwesens. Zur Behandlung im Bundestag verbleiben Beschwerden gegen das Handeln von Bundesbehörden, beispielsweise des Auswärtigen Dienstes, der Bundesbahn, Bundespost, Bundeswehr, der Zollverwaltung, sowie Fragen der Rentenversicherung und des Lastenausgleichs. Da diese Zuständigkeitsverteilung vielen Bürgern nicht bekannt ist, ist es verständlich, daß der Bundestag bzw. der Petitions-Ausschuß etwa ein Drittel der Eingaben an die Volksvertretungen der Länder überweisen muß.

Wachsendes Interesse an Staat und Politik

Der Petitions-Ausschuß hat bei der Behandlung aller übrigen ihm überwiesenen Petitionen die gleiche Stellung wie die anderen ständigen Bundestagsausschüsse. Zusätzlich unterrichtet er sich laufend über die Erledigung der den Fachausschüssen des Bundestages überwiesenen Petitionen und erstattet außerdem der Vollversammlung des Bundestages vierteljährlich einen mündlichen Bericht über seine Tätigkeit, dem eine wesentliche Bedeutung hinsichtlich der Auswertung der Petitionen zukommt.

Die Arbeit des Petitionsausschusses und die große Zahl von Petitionen, die an ihn gerichtet werden, sind ein Zeichen für das wachsende Interesse des Bürgers an Staat und Politik, sein Bestreben, zunehmenden Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu nehmen, aber auch für sein Vertrauen zum Parlament und zum Staat. Je mehr der Bürger erkennt, daß das Petitionsrecht und seine Inanspruchnahme dazu beiträgt, daß der einzelne Vertrauen zum Staat und seine hoheitliche Gewalt haben kann und durch seine Mitarbeit das Gefühl verliert, Objekt der Staatsgewalt zu sein, um so mehr wird ihm bewußt werden, daß nach unserem Grundgesetz alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und er sich mitverantwortlich fühlen muß für die demokratische, soziale und rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik.

Wird fortgesetzt.

+ + +

Weißer Gegenrevolution?

Von unserem Korrespondenten in USA

Das Wort vom "weißen Gegenschlag" ist zur häufigsten Vokabel im modernen politischen Dialekt Amerikas geworden; Leute, die sich in irgendeiner Form am öffentlichen Leben beteiligen oder auch nur an den Präsidentenwahlen im November interessiert sind, gebrauchen dieses neue Wort unaufhörlich. "Weißer Gegenschlag" ist dabei eine etwas vornehm-zurückhaltende Übersetzung des englischen Originalwortes; sinngemäß sollte man eigentlich, nicht ohne Bitterkeit, von "weißer Konterrevolution" reden: der natürlichen und historisch wohl beinahe zwangsläufigen Reaktion auf den rapiden Fortschritt, den die amerikanischen Neger in ihrer Rechtsstellung, ihrer sozialen Position und ihren Erziehungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in den letzten Jahren und vor allem in den letzten Monaten erzielen konnten.

Diese Gegenrevolution ist an sich weder organisiert noch aggressiv, wenn man von den rabiaten Verfechtern der weißen Überlegenheit in den Südstaaten, den organisierten Polizeikräften und weißen Bürgerräten um Gouverneur Wallace von Alabama oder gar den hier und da wieder auftauchenden Klu Klux Klan-Gemeinschaften absieht; Aber das wesentliche und bedenkliche an der spontanen Welle des "weißen Gegenschlages" ist ja eben, daß sie den ganzen Norden des Landes und alle (oder viele) sonst durchaus liberal denkende, den Negerforderungen nicht abgeneigte Amerikaner der politischen Mitte erfaßt hat. Die rabiaten Weißen-Überlegenheitsleute im Süden haben sich unter dem Druck des neuen Bürgerrechtsgesetzes zu einigen Konzessionen bequemen müssen, haben es in einigen Fällen sogar in korrekter und beinahe großzügiger Form getan; was heute mehr zählt, ist die massive psychologische Gegenwelle im Norden.

Der Weiße fürchtet um den Arbeitsplatz

Deren Motive und Argumente sind simpel und im Grunde auch sehr wohl verständlich. Der gelernte weiße Facharbeiter, der eine gut bezahlte Stellung in einer Maschinenfabrik im Norden hat, macht sich Sorge, daß mit dem Aufrücken schwarzer Arbeiter (und ihrer beruflichen Förderung in Fortbildungsschulen etc.) eines Tages ein farbiger Konkurrent ihm den Arbeitsplatz wegnimmt; es ist sogar das Gerücht aufgetaucht, daß das neue Bürgerrechtsgesetz in jedem Betriebe des Landes bestimmte "Quoten" für farbige Arbeiter vorschreibe und entsprechend viele Weiße auf die Straße fliegen müssen. Das stimmt keineswegs, hat aber doch etwas böses Blut gemacht.

Dann fürchtet der Eigentümer eines Einfamilienhäuschens in der Vorstadt, daß Neger in seine Nachbarschaft ziehen; das Prestige der Gegend darunter leidet und gar die Grundstückspreise fallen; es fürchten die Eltern, daß Negerkinder in die Schulen ihrer Kinder kommen und deren Niveau senken (oder gar die weißen Backfische unmoralischen Attacken von Negerjüngens ausgesetzt werden); der weiße Farmer fürchtet, keine farbigen Landarbeiter zu bekommen, wenn ihnen fortan besser bezahlte "Jobs" in Handel und Industrie winken; und so hat eine spontane Welle kollektiver Angst unzählige amerikanische "kleine Leute"

ergriffen, viel mehr als Intellektuelle, Akademiker oder sonstige Angehörige der Oberschicht, für die diese Probleme weniger akut existieren. Das immer wieder gehörte Schlagwort von heute "Ich bin ja sehr für Negerrechte und Bürgergleichheit, aber das kommt alles ein bisschen schnell und geht ein bisschen zu weit" wird gerade von denjenigen Angehörigen des amerikanischen kleinen Mittelstandes, also drei Vierteln der Gesamtbevölkerung, ausgesprochen, deren Eltern oder Großeltern aus Europa flohen, um in der Neuen Welt Recht und Freiheit zu finden...

Übergangsstimmung von begrenzter Dauer

Dieser weiße Gegenschlag mag nicht sehr lange anhalten: er ist wahrscheinlich eine Übergangsstimmung von begrenzter Dauer. Aber gerade die Unruhen in den Negervierteln von New York und anderen Großstädten des Nordens haben Öl ins Feuer gegossen: dort machten sich, im Rücken eklatanter Demonstrationen oder auch fantastischer Extremisten-Ausbrüche, reguläre Gangster und Plünderer "weißen" Läden breit, vornehmlich von Schnapsläden; die "New York Times" gebrauchte sogar in ihrer Beschreibung dieser Ereignisse zum ersten Male den deutschen Ausdruck "Lumpenproletariat": und diese Ereignisse schienen natürlich denjenigen recht zu geben, die erklärten: "Seht Ihr's, wir haben das ja immer prophezeit..." Die großen ernsthaften und verantwortungsbewußten Negerorganisationen waren daher gut beraten, als sie beschlossen, mit den offenen Demonstrationen vorderhand Schluß zu machen: andernfalls würde ernstliche Gefahr bestanden haben, daß buchstäblich alle weißen Wähler am Wahltag ins Lager von Senator Barry Goldwater übergelaufen wären, - eine Möglichkeit, die auch so schon durchaus nicht gering ist.

Appelle an das Unterbewußtsein

Normalerweise, rationalerweise, hätte Präsident Johnson den Novemberwahlsieg so gut wie in der Tasche: das Land befindet sich wirtschaftlich sehr gut im Schuß, die Regierung kann von keinem Standpunkt aus als Versager bezeichnet werden, und auch außenpolitisch gibt es keine akute drohende Krise: die Chancen für eine Bestätigung des Kennedy-Johnson-Kurses in Amt wären überwältigend, - wenn die Wähler ausschließlich nach dem kühlen Verstand handeln würden. Aber Goldwater schlägt die emotionellen, im Unterbewußtsein verwurzelten Gefühlsmomente an: einen aktiven und eher säbelrasselnden patriotischen Amerikanismus, eine voreilige Prophezeiung, "den Kommunisten zeigen zu wollen, wie die Harke harkt", das Versprechen des Abbaus unpopulärer Bundesbürokratien und entsprechende Senkung von Bundessteuern - und passives und abwartendes Bremsen in der Rassenfrage. Das sind Appelle an das Unterbewußtsein, die bei vielen Leuten ziehen dürften; die Wahlkampfchancen dürften im Augenblick völlig offen sein, fünfzig zu fünfzig.

Es ist natürlich für eine solche Prophezeiung im Grunde noch etwas früh: die demokratische Regierungspartei hat ihren Parteitag noch gar nicht abgehalten, ihr Vizepräsidentenwahlkandidat steht noch nicht fest, ihr Wahlkampfprogramm ist noch nicht niedergelegt, und der ganze Wahlkampf hat noch nicht richtig eingesetzt. Aber die 50:50-Formel, die heute, in diesem Augenblick, zutreffen dürfte, zeigt doch an, bis zu welchem Grad die psychologische und spontane Gegenrevolution im Lande Boden gewonnen hat. Auch wenn sie in den nächsten Monaten abebben sollte, so steht doch ohne jeden Zweifel ein ernster, hitziger und dramatischer Wahlkampf bevor.